

## **Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2023 in den Kreistag von Landrat Helmut Riegger am 27. Oktober 2022**

*- es gilt das gesprochene Wort -*

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

nächstes Jahr feiern wir 50 Jahre Landkreis Calw. In diesen 50 Jahren ist viel geschehen. Der Landkreis hat sich von einem sehr ländlich geprägten Kreis zu einem digitalen, mobilen und von einer guten Gesundheitsversorgung geprägten, attraktiven Landkreis entwickelt. Wir können mit Stolz behaupten, dass wir heute nahezu mit einer gleichwertigen Lebensqualität wie in städtischen Gebieten leben und arbeiten können. Der Kreistag und die Verwaltung setzen weiterhin alles daran, den Landkreis ständig weiterzuentwickeln.

Die vergangenen 50 Jahre haben dabei einige Krisen aufgeworfen:

- 1970er Jahre (Ölkrise)
- 2009 (Finanz- und Bankenkrise)
- 2015 (Flüchtlingskrise)
- 2020 (Corona-Pandemie).

Was wie der Beginn eines WM-Songs von den Sportfreunden Stiller klingt, ist jedoch die Auflistung der Herausforderungen, die uns begleitet haben.

Heute, 50 Jahre nach der Gebietsreform, stehen wir vor einer nie dagewesenen multiplen Krisensituation – und das, obwohl das Landratsamt eine starke Verwaltungseinheit ist. Zuletzt durch die Strukturreform im Jahr 2005 wurden zusätzliche Kompetenzen der kommunalen Ebene übertragen.

Und dennoch: Wir haben nicht nur eine – sondern eine Vielzahl von Krisen und Herausforderungen, die wir bewältigen müssen:

- Inflation
- Demografischer Wandel und Fachkräftemangel
- Aufkommende Rezession
- Energiekrise, verbunden mit dem
- Ukrainekrieg
- Flüchtlingskrise
- Zunehmende Katastrophenfälle (z.B. Starkregenereignisse)
- Und nicht zu vergessen die Corona-Pandemie und die angespannte Situation in den Kliniken, die noch nicht überwunden ist.

Sehr geehrte Damen und Herren – wo sollen wir da anfangen? All dies sind Herausforderungen, die wir im Landratsamt und in den Kommunen bewältigen müssen. Ein Ende ist hier nicht in Sicht.

Im Gegenteil – Bund und Land verlagern immer mehr Aufgaben auf die kommunale Seite, ohne auch nur annähernd die Mehraufwendungen entsprechend auszugleichen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat bei der Landkreisversammlung gefordert, die kommunale Ebene solle „lageorientiert entscheiden“. Wenn ich mir nun die zusätzlichen Aufgaben und die damit verbundenen bürokratischen Hürden der vergangenen Jahre anschau, muss ich sagen: Die aktuelle Bürokratie lässt lageorientiertes Entscheiden nicht mal im Ansatz zu.

Ich wiederhole mit aller Deutlichkeit: Ein „weiter so“ ist nicht machbar. Und dennoch werden wir alles daransetzen, diese Krise gut zu bewältigen. Wir müssen Bürokratie abbauen und Projekte durch Verfahrensvereinfachung vorantreiben.

Diese Herausforderungen betreffen natürlich auch den Haushalt 2023. Viele Aufwendungen sind von uns nicht beeinflussbar, sondern sind Ergebnis von Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene. Und leider fehlt hier – im Sinne der Konnexität – die ausreichend finanzielle Unterstützung durch Bund und Land.

Dies hat insbesondere für uns und die Städte / Gemeinden enorme Belastungen zur Folge – Belastungen, die wir im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigt haben.

Uns ist es gelungen, durch viele intensive Gespräche bereits einen großen Betrag (13 Mio. €) einzusparen.

Der Haushalt 2023 ist dennoch durch deutlich gestiegene Aufwendungen, vor allem im Sozial- und Krankenhaus-Bereich, geprägt. Und glauben Sie mir: Wir haben alles versucht, um die Mehrbelastungen stark zu begrenzen.

Im Ergebnis liegt ein Haushaltsentwurf mit folgenden Eckdaten vor:

- Gesamthaushaltsvolumen: ~ 271 Mio. €.
- Steuerkraftsumme: 247,9 Mio. €

Die Kreisumlage ist mit 33,4 Punkten veranschlagt und mit einer Nettokreditaufnahme von 18,45 Mio. € geplant.

Zur Wahrheit gehört leider auch, dass bereits dieser Haushaltsentwurf Risiken birgt.

- Hohe Erträge wurden eingeplant (z.B.: Grunderwerbssteuer),
- die Aufwendungen im Sozialbereich am untersten Ende kalkuliert,
- die Krankenhäuser benötigen nochmals 3 Mio.€ mehr
- d.h. der Verlustausgleich (13,2 Mio. €) hat sich in 2 Jahren verdoppelt
- Wir planen bereits eine globale Minderausgabe (2,4 Mio. €).

Im Folgenden möchte ich Ihnen die Schwerpunkte unsere Haushaltsplanung vorstellen.

Nie war eine seriöse Planung des **Sozialbudgets** schwieriger als für das kommende Jahr. Fest steht eigentlich nur eines: Die Aufwendungen steigen in sämtlichen Bereichen.

- So haben wir bei den Transferaufwendungen eine Steigerung von 13,7 Mio. €
- Es betrifft hauptsächlich Soziale Hilfen (+9 Mio.€),
- die Grundsicherung steigt um 2,3 Mio.€
- Wenn wir den Zuschussbedarf im Sozialbudget „nur“ 4 Mio. € erhöhen, geschieht das also nach dem Prinzip Hoffnung!
- Und es zieht sich wie ein roter Faden durch, dass die Konnexität ein bislang ungeklärtes Thema ist.

Die Ursachen sind leicht auszumachen: der russische Überfall auf die Ukraine, zusätzliche Angebote der Altenhilfe und gesetzliche Neuregelungen von Bund und Land, wie zum Beispiel:

- Höhere Vergütung Pflegekräfte (+ 2 Mio. €),
- Das Bundesteilhabegesetz,
- Die Novellierung des Wohngeldrecht: Verdreifachung der Empfängerzahlen, Erhöhung personeller und finanzieller Ressourcen.
- Die Kostensteigerungen des Bürgergeldes sind für uns jedoch heute noch nicht kalkulierbar!

Ähnliche Herausforderungen erwarten wir auch bei dem Anstieg von Geflüchteten im Landkreis, sowohl aus der Ukraine als auch aus anderen Krisengebieten. Die Zahlen steigen, wir liegen inzwischen über denen des Jahres 2015.

Das ist eine massive personelle und finanzielle Herausforderung für uns. Derzeit befinden sich ca. 2.600 Menschen aus der Ukraine im Landkreis. Monatlich 130 Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien kommen hinzu.

Für deren Unterbringung suchen wir geeignete Immobilien. Wir wollen keine Turn- und Festhallen dafür nutzen. Die Kosten werden nach aktuellem Recht vom Land ersetzt.

Dies macht einen Transferaufwand ca. 600.000 € für den Kreis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen mich, ich möchte keineswegs in's Jammern verfallen. Die letzten Jahre waren eine große Herausforderung für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und haben viele Einzelschicksale ergeben. Ich möchte daher betonen, dass der Vorsatz, diesen Menschen zu helfen, absolut richtig und nicht zu diskutieren ist.

Und dennoch gehört zur Wahrheit, dass die Umsetzung die kommunale Ebene aufzufangen hat und dies zu Mehraufwand in personeller und finanzieller Hinsicht führt.

Intensiv diskutiert wird auch das Thema **Mobilität**. Bezahlbare Mobilität wird in Zukunft ein noch wichtigeres politisches Thema.

Das 9-€-Ticket hat eine nicht gekannte Nachfrage geschaffen. Der ÖPNV war in aller Munde und die Auslastung des ÖPNV ist deutlich angestiegen.

Allerdings müssen auch die Fahrpläne stimmen. Ein noch so gutes Tarifangebot ist unwirksam, wenn kein Bus fährt.

Mit dem vom Kreistag 2021 gestarteten Tarifangebot, der kostenlosen Nutzung der Wochenendbusse, haben Sie ein Zeichen gesetzt. Dieses Angebot ist als Erfolg zu verbuchen. Zudem haben wir ein Bewusstsein schaffen können, dass der ÖPNV durchaus eine Alternative im ländlichen Raum darstellt.

Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass wir viel Geld bereitstellen müssen.

Wir wissen auch, dass das ÖPNV-Angebot insgesamt viel teurer wird. Auch hier sind Bund und Land gefordert, Mittel zur Verfügung zu stellen, denn diese Last können die Stadt- und Landkreise nicht alleine tragen. Alleine der Mehrbedarf aufgrund des hohen Dieselpreises beträgt 1,5 Mio. €.

Wenn wir das politische Ziel ernst nehmen und eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV erreichen wollen, geht dies nur in einer gemeinsamen Finanzierung.

Finanziell beschäftigen wird uns auch der Einsatz klimafreundlicher Busse.

Mit der Hermann-Hesse-Bahn schaffen wir ein hochwertiges und gutes ÖPNV-Angebot. Die Bauarbeiten schreiten zügig voran und die Vielzahl der Baustellen nimmt zu. Die Zinsen sind als Bestandteil der Kapitaleinlage vom Landkreis zu erbringen (377 Tsd. €).

Die ersten batterie-elektrischen Fahrzeuge, die der Zweckverband gemeinsam mit dem Land für die HHB beschafft, sind produziert und durchlaufen aktuell ein Testprogramm.

Auch die Schienenanbindung von Nagold in Richtung Herrenberg/Stuttgart wollen wir aktivieren. Zwischenzeitlich konnte gemeinsam mit Böblingen und dem Verkehrsministerium eine Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht werden. Gemeinsam wollen wir dann die Umsetzung anzugehen.

Insgesamt führen unsere Bemühungen im Bereich Mobilität zu einer Erhöhung der Aufwendungen um 6,0 Mio.€. Gesamtausgaben im Bereich ÖPNV und Schülerbeförderung bestehen in Höhe von 32 Mio. €



Die Bekämpfung des **Klimawandels** und die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Wichtige Schritte:

- European Energy Award und
- die Verabschiedung einer Klimawandel-Anpassungsstrategie

Dennoch müssen wir vor allem das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien intensivieren.

Sollten die Vorgaben der Landesregierung zum Ausbau der Windkraft wie geplant umgesetzt werden, sind allein im Landkreis 37

Windenergieanlagen vorgesehen. Wie dies angesichts ausufernder Bürokratie zeitnah umgesetzt werden soll, ist mir schleierhaft. Wir müssen beim Ausbau der erneuerbaren Energien und bei der Überwindung der Abhängigkeit fossiler Energieträger ein ganz anderes Tempo an den Tag legen. Wir brauchen hier eine deutliche Verfahrensvereinfachung!

Der Klimawandel macht sich auch im Bereich **Katastrophenschutz** bemerkbar: Die Einsätze der Feuerwehren haben sich in diesem Jahr verdoppelt.

Wir benötigen einen gut aufgestellten Zivil- und Katastrophenschutz. So soll die Kommunikationsinfrastruktur auf Landkreisebene, Gemeinden und den Führungsfeuerwehrehäusern verbessert werden.

Weitere Schwerpunkte sind die Beschaffung von Fahrzeugen, Pumpen und weiteren Ausrüstungen von Feuerwehrhäusern. Beim Kreisfeuerwehrrzentrum ist 2023 Baubeginn (9 Mio. €).

Auf dem zukünftigen **Gesundheitscampus** sind die Baumaßnahmen in vollem Gange. Der Bau des neuen Krankenhauses nimmt weiter Gestalt an und der Umzug ist für Mai 2024 geplant. Parallel dazu hat das ZfP mit den Baumaßnahmen begonnen. Auf dem Campus Calw investieren wir ~112 Mio. €). Mit den Investitionen der Partner ca. 250 Mio. €

Parallel dazu wird an der strategischen Entwicklung des Campus gearbeitet. Spätestens mit der Fertigstellung des Gesundheitscampus ist der Landkreis um ein absolutes Leuchtturmprojekt in der Gesundheitsversorgung reicher.

Die Generalsanierung und Erweiterung der Kliniken Nagold schreitet ebenso zügig voran. Gesamtinvestition von ~122 Mio. €.

Das jährliche Defizit der Kreiskliniken hat sich allerdings seit 2020 verdoppelt (13,2 Mio. €). Dies ist so nicht mehr tragbar. Bund und Land müssen die Daseinsvorsorge bei der Krankenhaus-Finanzierung endlich berücksichtigen!

Um den Landkreis als **Bildungsstandort** insgesamt attraktiv zu gestalten, werden wir auch weiterhin in unsere Schulen investieren. Hierfür sind 4,4 Mio. € vorgesehen.

Über den DigitalPakt Schule erhielten wir 2,3 Mio. € Fördermittel. Allerdings muss das Land eine Regelung finden, wie die konsequente Digitalisierung der Schulen dauerhaft finanziert werden kann.

Im kommenden Jahr erweitern wir das Schulzentrum Nagold um drei Klassenräume als Folge der steigenden Schülerzahlen der Kaufmännischen Schule. Auch in der Karl-Georg-Haldenwang Schule steigen die Schülerzahlen, weshalb bereits 2020/21 vier mobile Klassenräume aufgestellt wurden. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Unterrichtsräume nicht ausreichen werden.

Für die Zukunftsfähigkeit eines Landkreises ist ebenso eine **gute Infrastruktur** entscheidend – sowohl verkehrlich als auch digital.

Die Erhaltung eines leistungsfähigen **Straßennetzes** ist ein wichtiges Thema unserer gemeinsamen politischen Agenda.

Der Etat für Kreisstraßen beträgt 1,7 Mio. €. Für Gesamtaufwendungen inkl. Investitionen für Kreis-, Land- und Bundesstraßen sind 14,5 Mio. € veranschlagt. Kommendes Jahr werden wir den Bau der Straßenmeisterei Calw (Gesamtkosten 8 Mio. €) fortführen.

Daneben soll auch weiterhin die digitale Infrastruktur ausgebaut werden. Der Breitbandausbau und damit die Digitalisierung des Landkreises ist ein zentrales politisches Ziel.

Derzeit sollte die dritte Generalunternehmerausschreibung mit einem Volumen von ca. 40 Mio. € auf den Markt gebracht werden. Das Bundesverkehrsministerium hat die Förderung für den diesjährigen Ausbau jedoch eingestellt. Konkret bedeutet das für uns: Die schon beantragten 40 Mio. € für unsere Städten und Gemeinden stehen auf der Kippe. Wie man die kommunale Seite bei so einem wichtigen Zukunftsthema im Regen stehen lassen kann, ist für mich völlig unverständlich. Verlässliche Politik sieht anders aus!

Ziel des „funklochfreien“ Landkreis sind wir einen großen Schritt näher. Kommendes Jahr erhalten wir ca. zehn zusätzliche Maststandorte.

All diese Entwicklungen und Erfordernisse spiegeln sich im **Personalhaushalt** nieder. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben werden wir den Personalbestand erhöhen müssen. Insgesamt planen wir 697 Stellen mit einem Budget von 48,7 Mio. € (+2,6 Mio. €). Die Nicht-Besetzung von bis zu 100 Stellen durch den Personalmangel ist berücksichtigt.

Hinzu kommen ausufernde bürokratische Vorgaben, z.B. durch das neue Bundesteilhabgesetz, die Wohngeldreform oder den Ausbau erneuerbarer

Energien, die im diesjährigen Personalhaushalt noch keine Berücksichtigung finden.

### **Fazit und Ausblick**

Es steht ein Wandel an, den wir nur bedingt beeinflussen können. Die Menge an Herausforderungen, ich möchte hier bewusst nicht immer von Krisen reden, ist eine Bewährungsprobe für uns alle.

Nur gemeinsam können wir diese schwierige Zeit meistern, die Städte/ Gemeinden und der Landkreis müssen an einem Strang ziehen und den Bürgerinnen und Bürgern einen Weg zeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte heute dennoch nicht mit Negativem und Schwermut enden. Wie John F. Kennedy sagte: „Das Wort Krise setzt sich im Chinesischen aus zwei Schriftzeichen zusammen – das eine bedeutet Gefahr und das andere Gelegenheit.“

Ich bin der Meinung, dass Veränderungsprozesse normal sind. Und wir in dieser schwierigen gesellschaftlichen Lage nicht nur die Herausforderungen, sondern auch die Chancen sehen müssen.

Bedanken möchte ich mich ganz besonders bei den Mitarbeitenden des Landratsamtes, die seit Jahren im Krisenmodus arbeiten. Dank Ihres unermüdlichen Einsatzes stehen wir heute so gut da.

Mein Dank gilt auch Ihnen, sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte, für die gute Zusammenarbeit, Unterstützung und Rückendeckung in schwierigen Zeiten.

Es ist uns bisher immer mit großem Aufwand gelungen, das Beste aus der Krise zu machen und Herausforderungen im Landkreis gut zu meistern. Auch jetzt, so bin ich mir sicher, wird uns das gemeinsam gelingen.